

Die Regierung muss Visionen umsetzen

Die Bundesregierung ist gerade im Amt und die gesamte Energiebranche hofft auf ein Ende des teilweisen Wirrwarrs der vergangenen Jahre und einen neuen Aufbruch. Was erwartet die Branche von der Ampel? stadt+werk hat nachgefragt.



Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU)

Die Ampel will beim Klimaschutz mehr Tempo machen. Dafür brauchen wir einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren und den Zubau neuer H2-ready-Gaskraftwerke für die Versorgungssicherheit. Für beides muss die neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen erheblich verbessern. Sonst kann der Kohleausstieg nicht gelingen. Außerdem müssen wir die Wärmewende vor Ort, im Quartier, in jedem Haus und jeder Wohnung praktikabel und sozialverträglich gestalten.

Der Ausbau der Erneuerbaren hat in den vergangenen Jahren an Fahrt verloren. Gleichzeitig werden die Ziele für 2030 immer ambitionierter. Um Ausbau und Zielpfad wieder in Einklang zu bringen, sind erhebliche Anstrengungen nötig. Dazu kommt: Wir müssen die Infrastrukturen fit für die Energiewende machen. Das bedeutet erhebliche Investitionen in die Strom-, Wärme- und Gasnetze. Nur so kann die Transformation gelingen. Die Bundesregierung muss für erheblich mehr Flächen für den Windkraft-

und Photovoltaikausbau und für die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sorgen. Dazu brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens. Wir empfehlen hierzu die Einsetzung einer Kommission. Außerdem muss sie die Investitionsbedingungen in die Energie-Infrastrukturen attraktiver und rechtssicher ausgestalten.



Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Die neue Bundesregierung muss mehr Tempo bei der Energiewende machen. Nur so können wir dem Ziel der Klimaneutralität in großen Schritten näher kommen. Um das zu erreichen, muss ganz oben auf der To-do-Liste der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien stehen. Die Energiewende muss in allen Bereichen, ob Strom, Wärme, Verkehr oder Industrie, konsequent vorangetrieben werden.

Die Planungs- und Genehmigungsverfahren sind aktuell mit großen Hürden verbunden und nehmen viel zu viel Zeit in Anspruch. Zudem scheitern viele Projekte bereits in der Anfangsphase. Die im Koa-

litionsvertrag angedachten Vereinfachungen haben das Potenzial, den Ausbau erneuerbarer Energien wieder deutlich zu beschleunigen. Nun kommt es darauf an, dass sie auch zügig umgesetzt werden.

Wir brauchen einen Strauß von Maßnahmen, beispielsweise bundeseinheitliche Regelungen beim Artenschutz, einfachere Repowering-Verfahren sowie die technische, personelle und organisatorische Stärkung der Behörden. Hier greift der Koalitionsvertrag viele Vorschläge der Energiewirtschaft auf. Es kommt jetzt auf die schnelle Umsetzung an.



Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE)

Klimaschutz, innovative Industriepolitik und eine sichere Energieversorgung sind zusammenzudenken. Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert eine ambitionierte Energiewende. Immer mehr Unternehmen und Privathaushalte rufen nach einer Belieferung mit sauberer Energie und nachhaltigen Finanzprodukten, und die Preishocks bei Gas und Strom können durch den Ausbau heimischer erneuerbarer Energien abgefedert werden.

Auf nationaler Ebene stehen Hemmnisse der alten Regierung einer ambitionierten Energiewen-

de im Weg – von den Ausschreibungsbedingungen über Flächenrestriktionen bis hin zu den Genehmigungen. Auch Defizite in den Energiesystemen oder bei Abgaben sowie Milliardensubventionen für fossile Energien sind zu beseitigen.

Zusätzlich zum Ausbau der erneuerbaren Energien, allen voran Wind und Photovoltaik, müssen die Weichen für einen neuen Strommarkt mit mehr Flexibilität bei Erzeugern und Verbrauchern, aber auch durch Speicher und Sektorkopplung, Systemverantwortung der Erneuerbaren und Netzausbau gestellt werden. Auch im Wärmemarkt ist der Fokus verstärkt auf Erneuerbare zu richten und fossile Energien sind von der Förderung auszuschließen. Im Verkehrssektor muss die Lade-Infrastruktur ausgebaut und der Markthochlauf für erneuerbare Treibstoffe für nicht zu elektrifizierende Verkehre organisiert werden.



Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft (bne)

Industriepolitisch sollten wir in den nächsten Jahren mehr dafür tun, um die vollständige Wertschöpfungskette zentraler Zukunftstechnologien wie der Photovoltaik selbst abzubilden. Was die Finanzpolitik betrifft, ist ein strikter Abbau klimaschädlicher Subventionen nötig: Dieselsteuerprivileg, die Förderung für Plug-in-Hybride, fossil befeuerte Heizungen und Kraft-Wärme-Kopplung mit fossilen Energieträgern passen nicht in die Zeit.

Das größte Problem sind Überregulierungen, die oft noch auf die alte

braucht es jedoch sehr viel mehr grünen Strom, als uns bisher zur Verfügung steht. Die Technik zur Deckung dieses Bedarfs ist vorhanden, es hängt aber bei Flächen und Genehmigungen.

Notwendig ist eine durchgehend auf die Chancen orientierte Kommunikation, die politische Beschlüsse glaubwürdig auf alle Ebenen zieht. Die Energiewende wird vor Ort umgesetzt, deshalb müssen die Kommunen beteiligt werden. Ein entschlossener Ausbau sichert Arbeitsplätze im Mittelstand und stärkt die Versorgungssicherheit. Er bietet zugleich die Chance, Deutschland als globalen Technologie- und Innovationsführer zu etablieren.



Wolfram Axthelm, Geschäftsführer Bundesverband WindEnergie (BWE)

Die Ampelparteien haben im Koalitionsvertrag als gemeinsame Agenda formuliert, die erneuerbaren Energien zügig auszubauen, und dafür konkrete Ziele definiert. Daran müssen sich die Beteiligten messen lassen. Die deutsche Wirtschaft will auf den Pfad der Klimaneutralität einschwenken. Dafür

Energiewelt zugeschnitten sind. Die Energiewende muss für alle einfacher, unbürokratischer und schneller werden.

Die Konzepte für eine unbürokratische und marktliche Energiewende liegen längst auf dem Tisch. Es müssen schlicht die Aufgaben abgearbeitet werden, die bisher verbockt, ignoriert oder verweigert wurden.



Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer BSW – Bundesverband Solarwirtschaft (BSW Solar)

Die neue Bundesregierung sollte die Energiepolitik konsequent an den Pariser Klimazielen ausrichten. Um dies zu schaffen, muss sie das Ausbautempo für Solartechnik und Speicher vervielfachen und dabei zur Erhöhung der Resilienz verstärkt auf heimische Wertschöpfung setzen.

Die größten Hemmnisse beim Ausbau der Solarenergie sind aktuell die restriktiven Rahmenbedingungen – von den zu niedrigen gesetzlichen Ausbaupfaden über zu schnell sinkende Vergütungssätze bis hin zu Barrieren beim Eigenverbrauch von Solarstrom.

Die Ampel-Koalition muss den Solar-Turbo zünden und in einem Sofortprogramm wieder für attraktive und verlässliche Investitionsbedingungen sorgen. Gesetzliche Ausbaudeckel müssen zu Hebebühnen umgebaut werden.



Markus Emmert, Vorstand Bundesverband eMobilität (BEM)

Die neue Regierung muss bereit sein, sich durch ihre Entscheidungen mit alten Gewohnheiten, früheren Lobbypartnern und CO₂-gemachten Zukunftsauffassungen anzulegen. Die Elektromobilität liefert ein gesamtheitliches Konzept, gesellschaftliche Mobilität und industrielle Energieversorgung kombiniert zu denken und zu entwickeln. Das ist neu für die Ressorts und erfordert Weitsicht in der Gesetzgebung.

Das größte Problem sind alte Gesetze und die Behäbigkeit des Verwaltungsapparats, neues Denken zu integrieren. So ist etwa das Kraftfahrtbundesamt fixiert auf PS-getriebene Verbrennerfahrzeuge. Davon abgeleitet sind Steuerprivilegien und Pkw-Abgaben. Hier gilt es, die Bewertungen anhand der CO₂-Werte zu ändern und neue Marktteilnehmer auf die Straße zu lassen. Es braucht zudem neue Entscheidungen – wie etwa die Abschaffung der EEG-Umlage und die Erweiterung des Elektromobilitätsgesetzes (EmoG).

Während die alte Regierung in Demagogie verweilte, muss die neue Regierung Visionen umsetzen und auf Krisen reagieren können. Hier braucht es ein Jahresabo auf Traubenzucker und gute Laune in den Behörden. Motivation, Pro-

grammatik und praxisnahe Entscheidungen wären wünschenswert, sowie Mut und Rückendeckung für Neues und Innovationen.



Urban Windelen, Geschäftsführer BVES Bundesverband Energiespeicher Systeme

Die EU hat mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II und der Energiebinnenmarkttrichtlinie eine gute Grundlage zur Ausrichtung der Energiepolitik beschlossen. Das müsste korrekt in deutsches Recht übernommen werden. Im Zentrum stehen einerseits der Prosumer in Haushalt und Industrie sowie andererseits die notwendigen Werkzeuge für Flexibilität wie insbesondere Energiespeicher.

Das größte Hindernis für den Einsatz von Energiespeichern sind nach wie vor die unpassenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Wenn sie durch überbordende Bürokratie, unsinnige rechtliche Einstufungen, doppelte Abgaben und Steuern sowie erschwerte Betriebsbedingungen weiter ausgebremst werden, hilft auch der starke Zubau von Erneuerbaren nicht mehr weiter, um die Klimavorgaben zu erreichen.

Der BVES begrüßt den Entschluss im Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung, die Speicherung als eigenständige Säule des Energiesystems rechtlich zu definieren. Das muss jedoch nun auch umgehend angegangen werden.



Björn Schreinermaier, Leiter Politik, Bundesverband Wärmepumpe (BWP)

Die neue Bundesregierung muss von Tag 1 an die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag mit Leben füllen. Das betrifft zuvorderst die Abschaffung der EEG-Umlage, die zeitnah gesetzlich verankert und auch durchfinanziert werden muss.

Die Marschroute sollte durchweg sein: Investitionen zugunsten von Klimaschutz lohnen sich immer mehr, Investitionen in fossile Technologien werden zunehmend zu

einem Risiko. Das ist auch das Problem beim nationalen CO₂-Preis, der ohne Änderungen in den kommenden Jahren zunächst auf seinem aktuell niedrigen Niveau bleiben wird, um dann ab dem Jahr 2027 in die Höhe zu schnellen.

Die Bundesregierung sollte offen kommunizieren, dass bestimmte Entwicklungen in der Klimapolitik unausweichlich sind. Ein Beispiel sind die für 2025 angekündigten Verschärfungen im Gebäudeenergiegesetz. Der Wechsel auf den Einsatz von Wärmepumpen ist klimapolitisch unumgänglich. Es geht aber darum, dies im angekündigten Klimaschutz-Sofortprogramm in Zwischenschritten so vorzubereiten, dass sich Verbraucher, Handwerk und Heizungsindustrie bereits jetzt auf diese Transformation einstellen können.



Claudius da Costa Gomez, Hauptgeschäftsführer des Fachverbands Biogas

Wir erwarten Planungssicherheit und ein klares Bekenntnis zu Biogas als speicherbare und flexible erneuerbare Energieform. Nur mit einer langfristigen Perspektive lassen sich Projekte finanzieren

und Innovationen entwickeln. Biogastechnologie ist ein deutsches Vorzeigeprodukt, das weltweit exportiert wird – wir dürfen unseren Heimatmarkt nicht verlieren.

Momentan sind die zunehmenden Genehmigungshemmnisse das größte Problem beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Sowohl für bestehende als auch für die wenigen neuen Biogasanlagen sind die ständig wachsenden Auflagen und unnötiger Bürokratismus ein massiver Hemmschuh bei der Weiterentwicklung der Branche. Wenn wir die Umstellung hin

zu 100 Prozent erneuerbare Energien wollen, müssen wir den Weg dahin freiräumen und dürfen nicht ständig Steine in den Weg legen.

Es gilt daher, mit Augenmaß zu agieren. Selbstverständlich muss der sichere Betrieb einer Biogasanlage gewährleistet sein, er muss nachhaltig und umweltfreundlich sein. Die Regierung sollte aber genau prüfen, an welcher Stelle die Auflagen sinnvoll und umsetzbar sind, wie schnell sie realisiert werden können und wie Anlagenbetreiber den Mehraufwand finanzieren können.



Timm Kehler, Vorstand von Zukunft Gas

Dringend ist das Thema Gaskraftwerke und wie Bau und Betrieb angereizt werden können. Es müssen klare Rahmenbedingungen für den schnellen und bezahlbaren Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft und ein Schutzmechanismus gegen Carbon Leakage für unsere Industrie geschaffen werden, um deren Abwanderung zu vermeiden.

Für die Versorgungssicherheit benötigen wir neue Gaskraftwerke. Dafür und für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft müssen Anreize für Investoren geschaffen werden. Die Energiewirtschaft möchte die Energiewende mitgestalten und braucht dafür schnell klare Rahmenbedingungen.



Werner Lutsch, Geschäftsführer AGFW - Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK

Die Klimaziele sind ambitioniert, aber erreichbar, wenn der Maßnahmenkatalog stimmt. Lange angekündigte Förderprogramme wie die Bundesförderung effiziente Wärmenetze müssen zeitnah starten, um die Unternehmen bei ihren großen Herausforderungen zu unterstützen.

Eng verbunden mit dem Gelingen der Energiewende ist die Wärmenetze. Als einziger Bereich hat der Gebäudesektor die Klimaziele bislang deutlich verfehlt. Hier steckt noch viel Potenzial, das mit dem Ausbau und der Transformation der Wärmenetze gehoben werden kann.

Es gilt, den voraussichtlich beschleunigten Kohleausstieg, die Transformation und den Ausbau von Fernwärmesystemen sowie Versorgungssicherheit (mit KWK) und Bezahlbarkeit in Einklang zu bringen. Hier muss die neue Regierung dringend konkret werden und insbesondere den Wärmesektor noch stärker in den Mittelpunkt rücken.



**Folgen Sie
stadt + werk
auf Twitter:**

twitter.com/stadtundwerk

www.stadt-und-werk.de



Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG)

Die Erwartungen sind hoch: Nicht weniger als die Einhaltung der Klimaschutzziele, der Aus- und Umbau der Industrielandschaft (weit über die Dekarbonisierung hinaus) und die Erhaltung des gesellschaftlichen Wohlstands sind zu bewältigen.

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir die zur Verfügung stehenden Potenziale konsequent

heben. Atomkraft ist in Deutschland kein Thema – aber wir können keine weiteren Optionen ignorieren, etwa den schnellen Hochlauf von klimaneutralem Wasserstoff aus Erdgas. Daneben wird die Bezahlbarkeit von Energie auch 2022 ein großes Thema bleiben. Allein nach Staatsfinanzierung und damit dem Steuerzahler zu rufen, ist hier politisch zu wenig.

Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen integriert betrachtet werden. Deutschland hat nicht den Luxus, sich nur auf den Ausbau von Windenergie oder Photovoltaik zu verlassen. Wir müssen raus aus so manchen ideologischen Ecken: Die Diskussion um blauen oder türkisen Wasserstoff ist so eine. Hier verlieren wir gerade wertvolle Zeit – auch im internationalen Vergleich.



Wolf-Dietrich Kindt, Geschäftsführer Berlin des Bundesverbands Bioenergie (BBE)

Der Beitrag nachhaltiger Biokraftstoffe muss verlässlich abgesichert werden, vor allem durch höhere Biokraftstoffbeimischungen und Reinkraftstoffe wie Biodiesel und Biomethan im Schwerlastverkehr. Daneben muss der Markthochlauf fortschrittlicher Biokraftstoffe gefördert werden. Der Wärmebereich kann durch einen klugen ordnungspolitischen Rahmen und finanzielle Anreize ausgebaut werden. Im Biogasanlagenbestand sollte eine weitgehende Flexibilisierung realisiert werden. Analog zur nationalen Wasserstoffstrategie sollte die Bundesregierung eine CO₂-Senkenstrategie etablieren.

Gebraucht werden kurzfristig wirksame Maßnahmen und ein langfristig verlässlicher politischer Rahmen. Das EEG muss dringend weiterentwickelt werden: Südquote und endogene Mengensteuerung sind ebenso überflüssige Investitionshemmnisse wie die veraltete Flexibilitätsprämie. Auf EU-Ebene sollte sich die Bundesregierung für eine ambitionierte, aber praxistaugliche Ausgestaltung des Fit-for-55-Pakets einsetzen. Insbesondere müssen die zahlreichen Hürden für den Einsatz von Bioenergie beseitigt werden, die gleich in mehreren Richtlinien-Entwürfen enthalten sind.

Frank Urbansky



Stefan Liesner, Vizepräsident des Bundesverbands Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK)

Durch das Ampelbündnis hoffen wir vor allem, dass die nötigen politischen Stellschrauben realistisch angegangen werden und es gelingt, die Zukunft des Industriestandorts Deutschland mit den globalen Klimaschutzzielen in Einklang zu bringen. Konkret wünschen wir uns eine technologieoffene Betrachtung, die pragmatische und machbare Lösungen favorisiert.

Infolge der vermehrt sichtbaren Folgen des Klimawandels sind Diskussionen in der Energiepolitik derzeit sehr aufgeheizt und ideologisch geprägt. Auf der anderen Seite steht ein komplexer Verwaltungsapparat, der eine gewisse Trägheit mit sich bringt und dezentrale Ansätze teils ausbremst. Eine Verkürzung der Zeiträume bis zum Vorliegen einer Genehmigung ist besonders notwendig. Anstatt den Blick ausschließlich auf das Zielbild 2045 zu richten, sollten wir schon heute mit der Umsetzung realistischer Maßnahmen anfangen. Investitionsanreize für KWK-Anlagen könnten hier einer der Schlüssel sein, da sie direkt CO₂-Emissionen mindern und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten. Zudem sind die Anlagen schon heute dafür bereit, 100 Prozent Wasserstoff zu nutzen.